

Kurzprotokoll der Septembersession 1999

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Planungsvorlagen](#)
- [Wahlen](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 13. und 14. September, fand unter dem Vorsitz von Ruedi Lustenberger, Romoos, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren der Abschluss der 1. Beratung des neuen Steuergesetzes, dem der Grosse Rat zustimmte, sowie die 2. Beratung einer Änderung des Strassengesetzes als Gegenentwurf zur Volksinitiative "Velozärn". Weiter stimmte der Rat in 1. Beratung der Fusion der Kantonalen Pensionskasse Luzern und der Lehrerpensionskasse des Kantons Luzern zu. Er beschloss ferner, die in den Jahren 1998 und 1999 eingeführten Kürzungen der Staatsbeiträge für zwei weitere Jahre fortzuführen. Der Rat genehmigte die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte 1998 der Luzerner Kantonalbank und der Gebäudeversicherung des Kantons Luzern und nahm Kenntnis von jenen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse und der Familienausgleichskasse des Kantons Luzern. Mit Grossratsbeschlüssen genehmigte er zudem zwei Bauabrechnungen. Sechs vom Regierungsrat vorgelegte Geschäfte wies er den zuständigen Kommissionen zur Vorberatung zu. Schliesslich nahm er Kenntnis von der Genehmigung des dieses Frühjahr beschlossenen kantonalen Richtplans 1998 durch den Bundesrat.

Der Rat wählte weiter ein neues nebenamtliches Ersatzmitglied am Verwaltungsgericht sowie ein Mitglied der Nutzungsplanungskommission und behandelte drei Petitionen und 28 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 21 parlamentarischen Vorstössen. Die für fünf Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für drei beschlossen und durchgeführt, für die zwei andern abgelehnt.

Von den 47 traktandierten Geschäften konnten zwei parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Neues Steuergesetz. Über den Entwurf einer Totalrevision des Luzerner Steuergesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Februar 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 13. März 1999, S. 620) wurde die in der Junisession begonnene 1. Beratung abgeschlossen (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen) und die um einige Kommissionsanträge ergänzte Fassung des Regierungsrates gutgeheissen. Mit dem total revidierten Steuergesetz soll das kantonale Recht an die Vorgaben des eidgenössischen Steuerharmonisierungsgesetzes angepasst werden. Im Mittelpunkt stehen Entlastungen sowohl für Steuerpflichtige in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen als auch für Familien mit Kindern und der Wechsel des Bemessungssystems von der Vergangenheits- zur Gegenwartsbesteuerung. Das

Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Luzerner Pensionskasse. Die Erlassentwürfe betreffend die Fusion der Kantonalen Pensionskasse Luzern und der Lehrerpensionskasse des Kantons Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Mai 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 5. Juni 1999, S. 1422) wurden in 1. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ursula Stämmer, Luzern) und gutgeheissen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Volksinitiative «Velozärn». Die Entwürfe eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative «Velozärn – für sichere und lückenlose Veloverbindungen» sowie einer Änderung des Strassengesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 10. Februar 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 11 vom 14. März 1998, S. 679) wurden behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und sowohl der Grossratsbeschluss mit 67 gegen 19 Stimmen als auch, in 2. Beratung, die Gesetzesänderung mit 71 gegen 17 Stimmen gutgeheissen. Der Rat sprach sich damit für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative aus, welcher zwar wie diese die Errichtung eines Radroutennetzes vorsieht, dessen Realisierung aber besser auf die kantonalen Vorgaben abstimmt. Danach wird eine neue Bestimmung in das Strassengesetz aufgenommen, laut der in den nächsten 15 Jahren 90 Prozent der Gesamtlänge des im Radroutenkonzept 1994 vorgesehenen Radroutennetzes zulasten der Strassenrechnung realisiert werden sollen. Die abgelehnte Volksinitiative und die als Gegenentwurf zur Initiative beschlossene Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. September 1999, S. 2295 ff.) sind den Stimmberechtigten in einer Doppelpabstimmung zu unterbreiten.

Gemeindeordnung von Luzern. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Gemeindeordnung von Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 34 vom 28. August 1999, S. 2111) wurde zur Vorberatung der Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters, zugewiesen.

Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat. Die Entwürfe eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat sowie eines Gesetzes über die Hochschulen des Kantons Luzern in der Fachhochschule Zentralschweiz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2233) wurden zur Vorberatung der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpflheim, zugewiesen.

Ausgleich des Finanzhaushalts. Die Entwürfe von Änderungen der Staatsverfassung und des Finanzhaushaltgesetzes über den Ausgleich des Finanzhaushalts gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2235) wurden zur Vorberatung der Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen, zugewiesen.

Spielbankenabgabe auf Kursälen. Der Entwurf einer Änderung des Gewerbepolizeigesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 24. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2236) wurde zur Vorberatung der Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen, zugewiesen.

"Volksinitiative für eine Beschränkung der Besoldungen". Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die "Volksinitiative für eine Beschränkung der Besoldungen" gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 24. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2237) wurde zur Vorberatung der Staatspolitischen Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters, zugewiesen.

Finanzvorlagen

Weiterführung von Beitragskürzungen. Die Entwürfe eines Dekrets und eines Grossratsbeschlusses über die Weiterführung von Kürzungen bei den Staatsbeiträgen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Mai 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 12. Juni 1999, S. 1481) wurden behandelt

(Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und mit 56 gegen 55 Stimmen gutgeheissen. Damit werden die für die Jahre 1998 und 1999 zur Bekämpfung des Haushaltsdefizits beschlossenen linearen Kürzungen der Staatsbeiträge um teils 5 teils 10 Prozent in den Jahren 2000 und 2001 fortgeführt. Die Kürzungen bewirken für den Kanton Einsparungen von rund 11,4 Millionen Franken pro Jahr. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. September 1999, S. 2300) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 1999.

Bauabrechnungen. Die Abrechnungen über den Neubau eines Rad-/Gehwegs und den Ausbau der Kantonsstrasse K 11 Menznau–Wolhusen, Abschnitt Lirenmoos–Spitalzufahrt, Gemeinden Menznau und Wolhusen, sowie über die Korrektur des Hürnbachs im Ober- und im Unterdorf von Dagmersellen gemäss Vorlagen des Regierungsrates vom 29. Juni und vom 6. Juli 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 34 vom 28. August 1999, S. 2111 f.) wurden behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico de Bona, Littau) und genehmigt. Beide Bauvorhaben konnten gegenüber den bewilligten Krediten mit Kostenunterschreitungen von rund 2 Millionen (K 11) und von rund 550'000 Franken (Hürnbach) abgeschlossen werden.

Planungsvorlagen

Lehrmittelverlag und Drucksachen- und Materialzentrale. Der Planungsbericht über den Lehrmittelverlag und die Drucksachen- und Materialzentrale des Kantons Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 12. Januar 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 27. Februar 1999, S. 484) wurde beraten (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und vom Rat mit 65 gegen 40 Stimmen zur Kenntnis genommen. Zu dem Bericht überwies der Rat drei Bemerkungen der Kommission an den Regierungsrat. Mit dem Planungsbericht sprach sich der Regierungsrat gegen eine Privatisierung des Lehrmittelverlags und der DMZ aus. Die bereits heute effizient und kostengünstig arbeitende Dienststelle soll vielmehr durch verschiedene Massnahmen zusätzlich gestärkt werden.

Personalaufstockung Kantonspolizei. Der Planungsbericht über eine Erhöhung des Personalbestands bei der Kantonspolizei gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 34 vom 28. August 1999, S. 2110) wurde zur Vorberatung der Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Martin Müller, Meggen, zugewiesen.

Wahlen

Verwaltungsgericht. An die Stelle des zurückgetretenen Adrian von Segesser, Luzern, wurde als nebenamtliches Ersatzmitglied Irene Hofer, Luzern, gewählt.

Nutzungsplanungskommission. Als siebtes Mitglied wurde Thomas Marti, Luzern, in die Nutzungsplanungskommission gewählt.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Emil Galliker, Emmen, auf Ende der Septembersession.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 506 von Franz Mattmann, Ebikon, über die Revision des Verfahrens bei der Totalrevision der Kantonsverfassung.

Teilweise erheblich erklärt wurde die Motion M 6 von Peter Brunner, Rain, über die rasche Erarbeitung eines klaren Konzepts im Bereich der zentralörtlichen Leistungen und des sozialen Lastenausgleichs sowie über eine Änderung des Sozialhilfegesetzes.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 585 von Hans Peter Pfister, Eich, über eine verursachergerechte Finanzierung der Gemeindestrassen,
- M 590 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Abrechnung von Sonder- und Zusatzkrediten,
- M 16 von Martin Müller, Luzern, über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes (ausschliessliche Verwendung von Blankolisten bei Majorzwahlen),
- M 657 von Gaby Müller, Luzern, über kürzere Entscheidungswege bei der unentgeltlichen Rechtspflege,
- M 669 von Adrian Borgula, Luzern, über die Begrenzung übermässiger Lichtemissionen.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 31 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die Unterstützung für den Erhalt des Arbeitsplatzangebots der Sulzer Hydro AG am Produktionsstandort Kriens (dringliche Behandlung),
- von Walter Stucki, Emmen, über die durch die kantonale Steuerverwaltung steuerfrei tolerierten Rückstellungen bei den im Kanton Luzern domizilierten Banken (als Motion M 644 eingereicht),
- von Ruedi Amrein, Malters, über die Änderung kantonaler Gesetze und Verordnungen zum Zweck einer finanziellen Entlastung der Gemeinden (als Motion M 592 eingereicht),
- von Hans Rudolf Röthlin, Adligenswil, über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes (als Motion M 765 eingereicht),
- P 13 von Hans Walthert, Hohenrain, namens der Wahlprüfungskommission über die Anordnung von Abstimmungs- und Wahlterminen,
- von Beatrice Rölli, Horw, über die Abschaffung des Gesetzes betreffend die Belastungsgrenze für Schuldbriefe vom 7. März 1939 (als Motion M 243 eingereicht),
- P 637 von Margret Müller, Oberkirch, über die touristische Erschliessung der Region Mittelland-See, Sempacher-See,
- P 632 von Josef Schärli, Littau, über den Lärmschutz an der A 2 im Abschnitt KVA Ibach bis Lochhof,
- von Thomas Mathis, Weggis, über eine Änderung von § 177 Absatz 1 des Planungs- und Baugesetzes (als Motion M 639 eingereicht),
- von Albert Vitali, Oberkirch, über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (als Motion M 616 eingereicht),
- von Vreni Moser, Luzern, über die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (als Motion M 14 eingereicht).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 612 von Cornelius Müller, Hitzkirch, über eine rasche und zukunftsgerichtete Sanierung der Seetalbahn, Streckenteil Ballwil, mit Verlegung,
- P 628 von Josef Schärli, Littau, über vermehrte bauliche Massnahmen als Einbruchschutz.

Abgelehnt wurde das Postulat P 566 von Klaus Wermelinger, Egolzwil, über die administrative Zusammenlegung der Auszahlung von Pflegebeiträgen (NHG-Beiträge) mit den Landwirtschaftsbeiträgen.

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 25 von Peter Brunner, Rain, über die aufgedeckten Mängel beim Grosshofgefängnis (dringliche Behandlung),
- I 29 von Cornelius Müller, Hitzkirch, über die amtlichen Listen betreffend Wahlmaterial der Nationalratswahlen (dringliche Behandlung),
- I 550 von Franz Müller, Luzern, über die "Aushöhlung des Zentrums",
I 603 von Hansruedi Bucheli, Emmen, über das Verhältnis Globalbudget im WOV/LOS-Versuch zu NRM-Budget,
- I 587 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Delegation des Ermessensspielraums beim Gesetzesvollzug,
- I 656 von Rico De Bona, Littau, über die Sanierung der Fliessgewässer gemäss Bundesgesetz,
- I 654 von Eva Zihlmann, Horw, über einen Systemwechsel bei der künftigen Abgeltung der Ärztinnen und Ärzte der kantonalen Spitäler (Aufhebung des gespaltenen Rechtsverhältnisses),
- I 621 von Anita von Arx, Luzern, über neue Informations- und Dokumentationsmöglichkeiten mittels informatikunterstützten Informationssystemen,
- I 9 von Ruth Keller, Kriens, über die Organisation der Schulung der Kinder aus dem Kosovo.